Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 157
5. Oktober

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse: Wilhelm Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT

Der französische Imperialismus und die Aussichten der deutschen Entwicklung. Von Radek 1339

Deutschland
Die Lage in Deutschland. Von Wilhelm Bartz . 1340
Poincarés Reichszerstückelungspläne. Von Höllein . 1341

Politik.
Die Stellungnahme des Sowjetbundes zum italienisch-griechischen und zum Fiume-Konflikt 1342

Aus Sowjetrußland.
Brief aus Sowjetrußland. Von Rubiner 1343

Wirtschaft.
Der Sinn der britischen Reichskonferenz. Von Rosenberg 1344

Arbeiterbewegung.
Der Allrussische Gewerkschaftsrat zur internationalen Lage und zur deutschen Krise. 1345
Einige wichtige Probleme der amerikanischen Arbeiterbewegung. Von Amter 1345

Weißer Schrecken.
Die internationale proletarische Bewegung für die Angeklagten im Dato-Prozeß. 1345
Der Terror der spanischen Militärdiktatur gegen die Arbeiter. Von R. A. 1346

Aufrufe.
Das EK. der KI. an die Arbeiter Japans und die Arbeiter aller Länder. 1346

Der französische Imperialismus und die Aussichten der deutschen Entwicklung.

Von Karl Radek.

Der Presse bereits durch Sonderdruck zugestellt.

** Die französische Presse schweigt sich verdächtigerweise über die Aussichten der deutschen Entwicklung aus. Sie berichtet darüber, was der eine oder der andere deutsche Staatsmann gesagt hat, druckt die Berichte über die wichtigsten deutschen Ereignisse ab, enthält sich aber jeder Meinungsäußerung über die allgemeinen Aussichten der Entwicklung. Erst am letzten Sonntag sagte Herr Poincaré, **daß er sich durch das Gespenst der Anarchie in Deutschland nicht abschrecken läßt.** Frankreich wird es verstehen, die Ruhe und Ordnung gegen die deutsche Anarchie zu schützen. Es ist ein Land von standhafter Lebensordnung. In demselben Ton beurteilt die französische nationalistische Zeitung „Liberté" die Lage. Wir glauben, daß diese von Herrn Poincaré zum Ausdruck gebrachte Geistesstärke nur eine scheinbare ist und nicht der Wirklichkeit entspricht.

Herr Poincaré befindet sich wahrlich in einer unerhört widerspruchsvollen Lage. Er sieht, wie der wirtschaftliche Verfall Deutschlands vor sich geht. Seine Presse erklärt, daß dies alles nur Quatsch sei, der Deutsche sei ein sehr schlauer Mensch, er wolle sein eigenes Land zerstören, um nur Frankreich nichts zahlen zu müssen. Es versteht sich von selbst, daß Herr Poincaré kein Wort dieser Märchen glaubt. Herr Poincaré begreift es vortrefflich, daß das, **was sich in Deutschland abspielt, der Prozeß einer unerhörten Zersetzung jener Wirtschaft ist, von der er die Bezahlung der Reparationen erwartet. Ein solcher wirtschaftlicher Verfall führt zur Revolution.** Herr Poincaré muß sich über sein Verhältnis zur deutschen Revolution Rechenschaft ablegen.

Er könnte sich sagen: Ich werde mich mit der Regierung Stresemann, die die letzte Reserve der deutschen Bourgeoisie darstellt, verständigen. Es gibt Kreise in Frankreich, die ihn hierzu überreden wollen, indem sie darauf hinweisen, daß die Stresemann-Regierung unter dem Feuer der deutschen Nationalisten steht, also eine Regierung ist, die auf die Idee der Revanche verzichtet. Aber Herr Poincaré ist von Zweifeln befangen, ob er sich auf Herrn Stresemann verlassen könne, der gestern noch ein Nationalist war, und auf den General Seeckt, der eben General Seeckt ist. Zweitens fragt sich Herr Poincaré, **welche Opfer gebracht werden müßten, um die Stresemann-Regierung erhalten zu können.** Dazu müßte man auf alle territorialen Ziele des französischen Imperialismus verzichten und auf eine große Einschränkung der Reparationsforderungen sowie auf ein mehrjähriges Moratorium eingehen. Herr Poincaré selbst ist kein exponierter Verfechter der territorialen Ziele des französischen Imperialismus. Er wird es wahrscheinlich begreifen, daß bei der modernen Luftschiffahrt auch der Rhein keine Grenze ist. Aber Herr Poincaré kann sich nicht klar, deutlich und endgültig von der Foch-Clique lossagen, da er nicht sicher ist, ob er sein Hauptziel erreichen wird. Er ist ein Vertreter der reichen Bauern, die keine neuen Steuern zahlen wollen, er ist der Vertreter der Rentnermassen, die Kriegsanleihen und die 100-Milliarden-Francs-Anleihen zum Wiederaufbau des Nordens usw. kauften. **Er braucht Geld, Geld und wieder Geld. Aber wenn er kein Geld bringen kann, so muß er wenigstens Pfänder bringen.** Was für Pfänder? Solche, die man in den Händen halten kann. Solche Pfänder sind: das Saargebiet, die Rheinprovinz und das Ruhrbecken. **Daher kann Poincaré auf kein Zugeständnis eingehen und besiegelt dadurch das Schicksal jedes „Erfüllungskabinetts".** Aber, wenn dem so ist, dann erhebt sich die Frage: Was weiter?

Der Bankrott des Stresemann-Kabinetts, das ein Puffierorgan zwischen der offenen Gegenrevolution und der offenen Revolution bildete, bedeutet den Bürgerkrieg. Und nun antwortet Herr Poincaré: Wir haben keine Angst vor der Anarchie. Was bedeutet das? Mögen die Weißen mit den Roten, und die Roten mit den Weißen kämpfen und einander schwächen. Deutschland wird dann aufhören, als politischer Faktor zu existieren. Herr Poincaré stellt sich die Sache ungefähr so vor, wie der englische General, der, als er im Jahre 1919 vom Baltikum zurückkehrte, und — um seine Meinung über die Zukunft Rußlands befragt — folgendes antwortete: Die Weißen schlagen sich mit den Roten, man muß auch noch Grüne bewaffnen, daß sie auch an dem Kampfe teilnehmen. Herr Poincaré denkt aber als „nüchterner Staatsmann" auch an die für ihn schlimmeren Möglichkeiten: an den Sieg der Roten oder an den Sieg der Weißen. Vor dem Sieg der Weißen fürchtet er sich nicht. Wenn an der Spitze Deutschlands die Hohenzollern-Generale stehen werden, wenn die Fahnenträger Deutschlands die Ludendorffs sein werden, dann hat Poincaré freie Hand. Dann kann er die öffentliche Meinung der frau-

zösischen Bauernmassen unter der Parole mobilisieren: Frankreich in Gefahr! Er wird dann in der öffentlichen Meinung Amerikas und Englands, wo in den Volksmassen der Haß gegen das kaiserliche Deutschland noch lebendig ist, auf keinen Widerstand stoßen. Dann wird er Süddeutschland von Norddeutschland trennen und — indem er die Mainlinie besetzen wird — den Süden vor die Alternative stellen: Schonung und Selbständigkeit, oder Besetzung ganz Deutschlands. Dann wird er polnische Truppen nicht nur auf Ostpreußen, sondern auch auf Berlin und Oppeln und die Tschechoslowaken auf Dresden und Leipzig losmarschieren lassen. Das Gespenst der Hohenzollernherrschaft, das auch die Kräfte der revolutionären Arbeitermassen lähmen wird, wird ihm freie Aktionsmöglichkeit gewähren. Wenn er Deutschland besetzt, dann wird er dessen Zentralisation zerschlagen, eine deutsche Föderation mit einem Uebergewicht des katholischen Bayern schaffen und die Kontrolle über die deutsche Industrie selbst in die Hände nehmen.

Was wird er aber im Falle eines roten Sieges unternehmen? Im Falle eine roten Sieges ist seine Lage zehnmal schlimmer. Die Angst vor der Revolution wird zwar die Weltbourgeoisie in Bewegung setzen, aber eine deutsche Revolution wird den Arbeitermassen Frankreichs, Englands und Amerikas neuen Mut einflößen. Herr Poincaré weiß trotz seines Prahlens mit der Standhaftigkeit der Ruhe und Ordnung in Frankreich sehr wohl, daß es nicht leicht sein wird, die Enkel der Pariser Kommunarden, die in den Munitionsfabriken Frankreichs arbeiten und die Eisenbahnen und technischen Truppengattungen in ihren Händen halten, davon zu überzeugen, daß sie ein gutes Werk üben, wenn sie Herrn Poincaré helfen.

Herr Poincaré tröstet sich für diesen Fall damit, daß sich das agrarische, katholische, separatistische Süddeutschland vom roten Norden trennen wird, daß entweder die preußischen Junker sich mit Polen verständigen werden oder daß die katholischen gegenrevolutionären Elemente Bayerns als Gegenleistung für die Anerkennung der Vorherrschaft Bayerns auf die Unterwerfung der preußischen protestantischen Gutsbesitzer-Oligarchie unter die Herrschaft Polens hinarbeiten werden. Das von den Produkten der süd- und ostdeutschen Landwirtschaft abgeschnittene Norddeutschland kann sich nicht halten. Bei einer solchen Perspektive wird er nur noch das Rhein- und Ruhrgebiet durch Schützengräben vom übrigen Deutschland trennen und die Bayern mit Waffen unterstützen brauchen, damit diese sich an der Donau- oder Mainlinie festsetzen können. Und was weiter? Wenn eine Revolution im Norden ausbricht, dann wird die erschrockene Bourgeoisie ganz Deutschlands die Stiefel der französischen Bourgeoisie lecken und auf jede Annexion, auf jede Umstellung des inneren Lebens Deutschlands eingehen. Das geschwächte, in halbselbständige Staaten zerfallene Deutschland wird nicht in der Lage sein, sich zu ernähren, dann wird ein Teil der Bevölkerung verhungern, ein Teil wird nach Südamerika und nach den englischen Kolonien auswandern. Bei dieser ganzen Rechnung wagt Herr Poincaré nur an eines nicht zu denken: was dann sein wird, wenn die deutsche Revolution, die Revolution von vielen Millionen kampfgestählter Proletarier, unterstützt durch Millionen zugrundegegangener Kleinbürger und durch Hunderttausende national denkender, verzweifelter, militärisch ausgebildeter Intellektuellen, die Kraft in sich finden wird, nicht nur das deutsche Land in ihren Besitz zu nehmen, sondern die deutsche Nation auch gegen die eindringenden französischen Truppen zu verteidigen. Wenn Herr Poincaré diese Möglichkeiten zu Ende denkt, dann muß er sich sagen, daß in diesem Falle, wenn er auf Berlin marschiert, sein Spiel verloren hat. Es wird ihm nicht gelingen, Deutschland zu erwürgen. Wenn er gezwungen sein wird, gegen ein revolutionäres Deutschland den Kampf aufzunehmen, wird er eine riesige Armee mobilisieren und seine östlichen Vasallen in den Kampf hineinziehen müssen. Die modernen Armeen haben ein viel größeres Uebergewicht über eine plötzlich bewaffnete Bevölkerung als in der Vergangenheit, und es ist möglich, daß es ihm gelingen würde, Deutschland zu besetzen, daß es ihm gelingen würde, die deutsche Revolution zunächst blutig niederzuschlagen. Aber das würde ein Pyrrhus-Sieg sein. Polen hat eine bunte nationale Zusammensetzung, seine Ostgebiete sind durch Ukrainer, Weißrussen, Litauer bevölkert, die den polnischen Gutsbesitzer hassen, es hat eine starke Arbeiterbewegung, es ist ein junger Staat ohne einen starken Staatsapparat. Die Tschechoslowakei hat eine ganze Reihe scharfer nationaler Fragen, hat bei einer Gesamtbevölkerung von zwölf Millionen ein drei Millionen starkes Fabrikproletariat und sie hat keine territorialen Ansprüche an Deutschland. Der Befehl des Herrn Poincaré, gegen Deutschland zu marschieren, würde für diese Länder bedeuten, daß sie ihr Schicksal aufs Spiel setzen. Und zwar um so mehr, als nicht nur Sowjetrußland, sondern überhaupt gar kein Rußland dem Vorrücken der französischen Grenze bis zur Beresina tatenlos zusehen könnte. Und die Lage der französischen Armee in Deutschland? Deutschland, das durch eine Ueberrumpelung besetzt werden könnte, würde gegen die französische Okkupation den Kampf beginnen. Die deutsche Bevölkerung ist sehr gebildet, der Prozentsatz der die französische Sprache beherrschenden Deutschen ist bedeutend, und der Verkehr der Soldaten mit der Bevölkerung würde äußerst große Gefahren mit sich bringen. Eine moderne Armee erfordert einen äußerst feinen Verbindungsapparat. Dieser Apparat würde durch Partisanentruppen zerrissen werden. Diese Partisanentruppen würden nicht aus Hunderten oder Tausenden, sondern aus Hunderttausenden bestehen. Sie würden die Unerschrockenheit der proletarischen Kämpfer mit der Kriegswissenschaft in sich vereinigen. Die französische Armee würde den Boden unter den Füßen wanken fühlen. Und hinter ihr? Hinter ihr ist ein Land, das große wirtschaftliche Anstrengungen zu machen, seine Söhne herzugeben gezwungen wäre, im Bewußtsein dessen, daß die Sache von vornherein hoffnungslos ist, daß es unmöglich ist, ein Volk von mehreren zehn Millionen, das kein fremdes Joch tragen will, in Sklaverei zu halten. Die Kommunistische Partei Frankreichs, die heute noch verhältnismäßig schwach ist, würde dann das Zentrum der revolutionären Bewegung sein. Und hinter der französischen Armee steht noch eine Insel derer, die wissen, daß jeder Verlust Frankreichs ihr Vorteil ist: England, das mit Frankreich um die Hegemonie in Europa kämpft. Wir sind davon überzeugt, daß dem Herrn Poincaré trotz jener großen moralischen Kraftquelle, die der juristische Kodex des Versailler Vertrags für diesen Advokaten darstellt, ein Schauer über den Rücken läuft, wenn er an diese Perspektiven denken wird. Wir wissen, daß Herr Poincaré die Rolle des Retters der kapitalistischen Zivilisation in Frankreich zu spielen beansprucht, aber wir zweifeln daran, daß er sich die Rolle des Ritters vom Roten Stern wünscht.

Und darum sagen wir: Wenn das deutsche Volk in sich den Willen dazu finden wird, wird es kein Freiwild für jeden, der eine Waffe in der Hand hat, sein. Wir sagen: Die deutsche Revolution ist von ungeheuren Gefahren bedroht, aber sie entfesselt unerhörte Kräfte im deutschen Volke, und sie wird, welche Leidenswege auch noch vor ihr stehen mögen, die Hand, die sich gegen sie erhebt, erzittern lassen.

Deutschland

Die Lage in Deutschland.

Von Wilhelm Bartz.

Berlin, 5. Oktober 1923.

** Es sind keine acht Tage ins Land gegangen, seit der Belagerungszustand ausgerufen wurde und schon zählen auch diejenigen sozialdemokratischen Minister zu seinen Opfern, die in ihrer Angst und in ihrer staatsmännischen Ueberschlauheit das famose Dokument unterzeichnet haben. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Ausschiffung der sozialdemokratischen Minister eine notwendige Folge der Uebertragung der Macht an das Militär gewesen ist. Die Stellung der Rechten wurde so gestärkt, daß sie auch diese vermeintlichen oder wirklichen Hindernisse, die sozialdemokratische Minister bei einem scharfen Rechtskurs vielleicht bilden könnten, aus dem Wege räumten. In dem Augenblick, wo wir diese Zeilen schreiben, bemüht sich Herr Stresemann, eine Art Rechtsregierung unter seiner Führung zusammenzuschustern, die das parlamentarische Feigenblatt beibehalten soll. Sollten seine Bemühungen von Erfolg gekrönt werden, so kann man schon heute mit Sicherheit sagen, daß kaum weitere acht Tage ins Land gehen werden, und auch Herr Stresemann wird erledigt sein. Denn auch er ist nicht der Mann der Rechten.

Inzwischen beginnt allmählich der Alpdruck zu weichen, der in den ersten Tagen des Belagerungszustandes so schwer auf der Arbeiterschaft lastete. Um beim Parlament zu beginnen: die sozialdemokratische Linke hat in der Reichstagsfraktion ihren ersten Sieg errungen. Sie hat die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz mit einer Mehrheit von etwa 8 Stimmen abgelehnt. Diese Tatsache hat jedoch nur eine mehr symptomatische Bedeutung. Die Zusammensetzung dieser Opposition ist sehr buntscheckig. Es befinden sich darin u. a. auch die persönlichen Freunde des Herrn Hilferding, die ihn nicht fallen lassen wollten. Es weiß noch niemand, wie eine andere Abstimmung ausfallen würde, bei der keine personellen Fragen eine Rolle spielen werden. Indessen, nicht die Abstimmung ist das wichtigste. In dieser Lage muß der Kampfruf ausgegeben, müssen die Massen in Bewegung gesetzt werden. Und in dieser Hinsicht läßt es diese Opposition aber auch an allem fehlen.

Zum Glück denkt die Arbeiterschaft anders. Der Kampfwille erwacht. Ihren Druck fühlen die Leiter des ADGB., die nach ach so langem Hin und Her sich endlich dazu herbeiließen,

in Gemeinschaft mit der AfA und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund einen Aufruf zu erlassen, worin sie erklären, daß sie gegen die Diktatur über die Arbeiterschaft mit allen Mitteln kämpfen wollen.

Viel bedeutungsvoller noch als dieser Aufruf ist der Zusammenschluß der Arbeiterschaft in Sachsen zu einem Kampfbund mit den Kommunisten. Hier so wie in Thüringen, wo bekanntlich ebenfalls eine sozialdemokratische Regierung am Ruder ist, sorgen die Militärbefehlshaber dafür, daß die Arbeiter aus ihrer vertrauensseligen Stimmung, daß der Belagerungszustand in ihrem Interesse verhängt wurde, herausgerissen werden. Die „Chemnitzer Volksstimme" bezeichnet die Sozialdemokratie offen als diejenigen, die die Arbeiterschaft in die Sackgasse geführt hat; sie schreibt:

„Wahrlich, die Politik des rechten Flügels unserer Partei, die in ewigen Konzessionen und in einem Fortwursteln von Tag zu Tag bestand, die nie den Mut fand, in den großen entscheidenden Momenten, nach dem Kapp-Putsch, nach dem Rathenau-Mord, als Bayern zum ersten Male revoltierte, bei dem Kampfe um die Erfassung der Sachwerte, bei dem Zusammenbruche des Kabinetts Cuno, die Klinge herauszureißen und dem bürgerlichen Gegner die Entscheidungsschlacht anzubieten, diese von uns leidenschaftlich bekämpfte Politik der Konzessionen hat uns in eine verhängnisvolle Lage gebracht."

Sie droht mit einer Generalabrechnung. Zugleich ruft sie die Arbeiter zum sofortigen Handeln auf. Sie schreibt in einem anderen Artikel:

„Links müßt ihr steuern! tönt der Schrei aus dem Munde der Arbeiter. Wer zu taub ist, ihn zu hören, dem ist nicht zu helfen, und er muß in das Invalidenheim gehen, wo er hingehört, und die wirken lassen, die den Ruf vernehmen und ihm Folge leisten wollen! Wir sind vor dem Ende oder dem Aufstieg. Wir dürfen nicht mehr zögern, zu tun, was die Stunde gebietet."

Die gute alte Leipzigerin, die „Volkszeitung", die in der Hetze gegen Sowjetrußland stets alle anderen überbot, die nicht müde ward, die Arbeiter vor der „Sowjet-Slaverei" zu warnen, möchte jetzt gern unter die schützenden Fittiche Sowjetrußlands flüchten. Sie sieht klar, daß das, was jetzt in Deutschland angebahnt wird, nichts anderes ist, als die Etablierung der großkapitalistischen Diktatur:

„In Rußland", so schreibt das Blatt, „hat man diese Gefahr bereits seit Wochen erkannt. Die Einstellung der 3. Internationale und damit der Kommunistischen Partei Deutschlands ist eine ganz andere geworden. Gelingt es, den verschleierten Faschismus in Form der großkapitalistischen Diktatur auch in Deutschland zu errichten, dann ist das Glacis für kapitalistische Interventionen nach dem Osten unendlich verbreitert worden, so daß sich Sowjetrußland, was wahrscheinlich ist, unmittelbar der veränderten Situation in Europa anpassen muß, oder, was Rußland nach der letzten Rede Trotzkis nicht will, es müßte erneut zu den Waffen greifen."

Rußland ist wahrlich auf die Ermunterungen der Leipzigerin nicht angewiesen, wenn nur die sozialdemokratischen Arbeiter ihren Mann stellen. Trotzki wird schon das Seinige tun.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die Kommunistische Partei diese Gefahren schon längst erkannt hat und ihre Mahnrufe bereits zu einer Zeit laut werden ließ, als sie von den Sozialdemokraten noch als „Gespenster-Seherin" gekennzeichnet wurde, und daß sie in diesem Abwehrkampf die besten und diszipliniertesten Truppen stellen wird.

Poincarés Reichszerstücklungspläne

Von Emil Höllein (Berlin).

II.

Planvolle Zusammenarbeit zwischen dem bayerischen Separatismus und dem französischen Imperialismus.

** Die „Humanité", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Frankreichs, setzt ihre Enthüllungen über Poincarés Reichszerstückelungspläne fort. In ihrer Ausgabe vom 1. Oktober veröffentlicht sie im Auszuge zwei weitere bedeutsame Dokumente, die nicht nur die erbärmlichen Reichszertrümmerungsabsichten des französischen Imperialismus, sondern vor allem auch das schamlose hochverräterische Treiben der bayerischen „Patrioten" und ihre abgrundtiefe Heuchelei, Käuflichkeit und Korruption aufs schärfste unterstreichen.

Das erste der Schriftstücke betrifft einen Bericht des rheinischen Sonderbündlerführers **Dr. Dorten** vom 20. September 1920 an den General **Mangin** über eine Unterredung mit **Dr. Heim**, dem Führer der Bauernvereine innerhalb der Bayerischen Volkspartei, die am 22. August stattgefunden hat. In diesem Bericht, der in der eindeutigsten und schlagendsten Weise das vorbehaltlose Einverständnis zwischen den sogenannten deutschen „Vaterländischen Verbänden" und dem französischen Imperialismus zur Zerreißung Deutschlands enthüllt, heißt es:

„Dr. Heim erklärt wie folgt die Haltung, die er seit den letzten Reichstagswahlen eingenommen hat:

a) Der Ministerpräsident **von Kahr** ist in so geschickter Weise mit den ihm in den schwierigsten Situationen zugefallenen Aufgaben fertig geworden, daß es wünschenswert erscheint, ihn an der Spitze der Regierung beizubehalten, und zwar um so mehr, als **Dr. Heim** als Führer der Bayerischen Volkspartei und der Bauernvereine zurzeit im Parlament unabkömmlich ist.

b) **Dr. Heim** hat auf die bevorstehende Gründung der „föderalistischen Fraktion" im Reichstag vorläufig verzichten müssen, weil dies innerhalb der Bayerischen Volkspartei Differenzen heraufbeschwören konnte, da einige ihrer Mitglieder noch mit dem Zentrum liebäugeln und zu ihm überlaufen konnten. Die Vorverhandlungen mit der deutsch-hannoverschen Fraktion und den übrigen Föderalisten sind inzwischen zu einem befriedigenden Abschluß gebracht worden. Auf dem Parteitag der Bayerischen Volkspartei, der am 15. September stattfinden soll, wird Dr. Heim über seine Verhandlungen berichten und die Bildung einer föderalistischen Fraktion in Vorschlag bringen. Die Annahme dieses Vorschlages erscheint gesichert. Nach diesem Parteitagsbeschluß kann dann kein Fraktionsmitglied mehr zum Zentrum abschwenken.

In bezug auf die **Außenpolitik** machte Dr. Heim folgende Darlegungen:

a) Er bringt seine Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß Frankreich die **Gefahr des Bolschewismus für Deutschland und Frankreich** klar erkannt hat und die Absicht hegt, schon jetzt alle zur Abwendung dieser Gefahr erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Er ist der Auffassung, daß nur die Entwicklung des Föderalismus in Deutschland als Heilmittel in Frage kommen kann. Für Bayern übernimmt er persönlich die volle Garantie, daß im Falle eines bolschewistischen Losschlagens mit oder ohne Verbindung mit Rußland 90 Prozent des bayerischen Volkes bereit ist, gegen die Bolschewiki zu marschieren und sich unbedingt von den bolschewistisch durchseuchten Gebieten zu trennen. **Vorbedingung sei jedoch, daß die Entente hierzu die Mobilisierung der bayerischen Kampfverbände zu'asse. Man werde selbstverständlich alle gewünschten Garantien geben, daß die Mobilisierung lediglich zu diesem Zweck erfolge. Es könnte jede noch so weit gehende Kontrolle eingerichtet werden.**

Dr. Heim erklärt formell, daß die Besetzung der an dem Föderalismus interessierten Gebiete wünschenswert sei. Bayern könne jedoch den Schutz seines Gebietes selbst übernehmen.

b) Er meint, man könne sich vollkommen auf die **Einwohnerwehren der Organisation Escherich** verlassen, und **bestreitet mit aller Entschiedenheit, daß diese national-bolschewistisch eingestellt seien.** Er übernimmt auch für diese Auffassung die persönliche Verantwortung. **Dr. Heim ist bereit, mit der Regierung** (der französischen!! der Verfasser) **in bezug auf die Aufrechterhaltung und Reorganisation dieser Verbände in Verhandlungen zu treten.**

c) Er wäre außerordentlich erfreut, wenn die **französische Regierung** die Frage, ob es für Bayern nicht möglich sei, **Saarkohle gegen Holz auszutauschen**, z. B. durch Vermittelung des „Gemischten Büros", prüfen würde. **Das würde seiner Meinung nach auf die öffentliche Meinung in Bayern einen ausgezeichneten Eindruck machen. Das bayerische Volk würde auf diese Weise zu der Feststellung gelangen, daß Frankreich nur gegenüber der Berliner Regierung eine unversöhnliche Haltung einnimmt.** Er ist bereit, sich in diesem Sinne persönlich einzusetzen."

So weit das erste Dokument, das zur Kennzeichnung seines hochverräterischen, reichszertrümmernden Inhalts und der jesuitischen Verlogenheit der sich bei jedem Anlaß als Ueberpatrioten gebärdenden bayerischen Machthaber keines weiteren Kommentars mehr bedarf.

Weit interessanter und für das Verbrechergesindel in Bayern noch bezeichnender ist jedoch das zweite Dokument. Es stellt den Bericht eines Augen- und Ohrenzeugen einer Unterredung dar, die am 27. April 1920 in Speier zwischen dem französischen Obersten **de Metz**, dem Delegierten der Hohen Kommission für die Pfalz, assistiert von dem Hauptmann **Boulaye**, und dem Vorsitzenden der Bayerischen Königspartei, **J. Meyer-Koy** und einigen anderen Vertretern der bayerischen Reaktion stattgefunden hat. Dieser Bericht führt uns mitten hinein in die Schacherverhandlungen, die zwischen den Vertretern der fran-

zösischen Regierung und den „dreckigen Boches", die mit einem Male zu der Rolle von Freunden und Verbündeten im Kampfe gegen den „Bolschewismus" avanciert waren, stattgefunden haben.

Aus diesem Bericht wollen wir nur einige der markantesten Stellen hier wiedergeben:

Oberst de Metz: „Und wer würde der Vertreter der neuen bayerischen Monarchie werden?"

Meyer-Koy: „Der Kronprinz Rupprecht."

Oberst de Metz: „Aber warum unterstützt dann das bayerische Königshaus nicht Ihre Partei in dem gewünschten Maße?"

Meyer-Koy: „Das Haus Bayern gibt zurzeit 50 000 Mark. Aber dieser Betrag ist viel zu gering, um damit eine ausreichende und wirksame Propaganda betreiben zu können."

Meyer-Koy ging dann zu der Frage über, ob man von französischer Seite die Partei nicht in weiterem Maße unterstützen könne. Man könne in dem Kampf gegen Preußen und Berlin und im Kampf für die Kontinentalpolitik eine gemeinsame Politik verfolgen. Beide Punkte lägen sowohl im Interesse Bayerns wie Frankreichs. Besonders die Kontinentalpolitik liege im Interesse Frankreichs, da England zurzeit seine Interessen auf dem Kontinent auszudehnen bestrebt sei. . . . .

Im Verlauf seiner Darlegungen stellte Oberst de Metz zwei Geistesrichtungen gegenüber: die Napoleon Bonapartes und die Lenins! Der Bolschewismus müßte bekämpft werden, denn in dem Falle, wo er siegreich wäre, würde dies den Untergang ganz Europas bedeuten.

Meyer-Koy: „Die Bayerische Königspartei wie übrigens ganz Bayern bekämpft den Bolschewismus mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln. Wenn der Norden Deutschlands sich weiter in demselben Maße wie zurzeit vom Bolschewismus verseuchen läßt, ist die Zeit nicht mehr fern, wo Bayern sich vollständig vom bolschewisierten Preußen-Deutschland loslösen wird."

Oberst de Metz: „Das ist sehr gut."

Meyer-Koy: „Der Kampf gegen den Bolschewismus steht im Vordergrund unserer Propaganda. In Bayern kann der Bolschewismus niemals festen Fuß fassen. Gewiß dürfen wir auf keinen Fall unsere Propaganda für den Königsgedanken abschwächen lassen. **Leider haben wir zu diesem Zweck nicht ausreichende Geldmittel.**"

Oberst de Metz: „Wieviel brauchen Sie?"

Meyer-Koy: „Mit 25 000 Mark hätten wir für den Augenblick, was wir brauchen."

Oberst de Metz: „Es sind leichter Millionen zu erhalten als bloße Tausender. Brauchen Sie keine Millionen?"

Meyer-Koy: „Zu einer großzügigen Organisierung unserer Propaganda gewiß!"

Ueber diese Geldfrage entspinnt sich nun eine längere Auseinandersetzung. Oberst de Metz erklärt, daß er keine selbständigen Entscheidungen treffen könne, aber die vorgebrachten Forderungen weitergeben werde.

Meyer-Koy macht darauf aufmerksam, daß man sich durch Mittelspersonen auch von englischer Seite schon an ihn gewandt und ihm versprochen habe, die Bayerische Königspartei zu subventionieren.

Diese Erpressung verfehlte ihre Wirkung nicht. Sofort fragte der Oberst de Metz interessiert: „Wann war das?"

Meyer-Koy: Schon vor einiger Zeit, aber ernsthaft erst in den letzten Tagen. Ich bin aufgefordert worden, mich nach einer Richtung hin zu entscheiden. Am Sonnabend bin ich zur Aufnahme von Verhandlungen nach Köln bestellt worden. Allein ich bin ein Anhänger der Theorie der Kontinentalpolitik. Ehe ich mich entschied, wollte ich zuvor eine Unterredung mit Ihnen haben. England ist nicht in allem ein Freund Frankreichs."

Oberst de Metz: „Wir haben beide zwei Feinde: Preußen und England."

Diese Dokumente, deren Echtheit niemand bezweifeln oder in Abrede stellen kann, zeigen nicht nur, wie zäh und hartnäckig der französische Imperialismus seine Reichszertrümmerungspläne verfolgt, welche Millionensummen er unbedenklich aufwendet, um sein Attentat auf die Einheit des Deutschen Reiches zum Erfolg zu führen, sondern auch, wer und was die Lumpen sind, die sich in Bayern in den Mantel des besorgten Patrioten hüllen, aber keinen Augenblick besinnen, für französische Valuta ihr Land zehnmal zu verraten, ehe der Hahn auch nur einmal gekräht hat.

Wie lange werden die ehrlich nationalen Männer, die sich in den bayerischen und sonstigen Kampfverbänden zweifelsohne befinden, dem Troß von schamlosen Hochverrätern und Beutepolitikern an ihrer Spitze noch Gefolgschaft leisten?

Politik

Die Stellungnahme des Sowjetbundes zum italienisch-griechischen und zum Fiume-Konflikt.

(Offizielles Communiqué der Presse-Abteilung des Volkskommissariats des Aeußeren.)

** Die sich immer mehr verschärfenden und vermehrenden internationalen Konflikte, die die Gefahr neuer Kriege ständig auf der Tagesordnung halten, können nicht ohne ernste Sorge aufgenommen werden.

Die Arbeiter-Republiken, die sich seit dem ersten Tage ihrer Existenz die Verhinderung des Krieges und die Abwehr von Kriegsgefahren zum Ziel gesetzt haben, sind stets bestrebt, die Beseitigung internationaler Konflikte und die Bewahrung des allgemeinen Friedens mit allen Mitteln zu fördern.

Unterdessen ist neben der Ruhrbesetzung durch französische Truppen, dieser ernstesten Gefahr für den Weltfrieden, auch der mit einem europäischen Kriege drohende Konflikt zwischen Italien und Griechenland noch nicht überwunden, und schon erhebt sich aus der Verschärfung der Frage über das Schicksal von Fiume eine neue Gefahr für den Frieden.

Während der Sowjetbundes-Regierung am 3. September ein Memorandum der italienischen Regierung zuging, das eine Mitteilung über die Besetzung der Insel Korfu nebst einer Begründung dieser Aktion enthielt, ließ die griechische Regierung die Sowjetbundes-Regierung ohne Information über ihre Ansichten und nahm der Sowjetbundes-Regierung in dieser Weise die Möglichkeit, den Standpunkt beider Parteien zu diesem Konflikt kennen zu lernen.

In der Frage über die internationale Lage der Stadt Fiume wurde der Bundesregierung durch den Generalsekretär der legalen Regierung von Fiume eine Abschrift einer Petition zugestellt, die von einer zahlreichen Gruppe Fiumer Bürger (Vertreter aller Bevölkerungsschichten) an das Parlament und den Senat Italiens gerichtet worden ist. In dieser Petition wird gegen den Versuch einer Einverleibung Fiumes durch Italien Protest erhoben und die Bewahrung der Unabhängigkeit des Sonderstaates Fiume gefordert.

Die durch diese Dokumente aufgerollten Fragen müssen vom Gesichtspunkte der Interessen des Friedens und des Selbstbestimmungs- und Unabhängigkeitsrechtes aller Nationalitäten beurteilt werden. Die Föderation der Arbeiter-Republiken, die innerhalb ihrer Grenzen die Verbrüderung der Völker und die völlige Gleichheit aller Nationalitäten verwirklicht hat, sieht in dem Streben der stärkeren Staaten zur Unterjochung der schwächeren eine der Hauptursachen der trüben internationalen Lage und der sich immer mehr verschärfenden Weltkrise.

Der Bund der Sowjetrepubliken hat keinen Grund, der griechischen Regierung eine besondere Unterstützung angedeihen zu lassen, die ein Instrument der aggressiven Politik der Großmächte gegen das seine Unabhängigkeit heldenhaft verteidigende türkische Volk war, die Sowjetschiffe angriff und bisher mit der Sowjetregierung in keinerlei Beziehungen getreten ist. Aber gleichzeitig darf nicht unerwähnt bleiben, daß Griechenland scharfen Repressivmaßregeln unterworfen und ein Teil seines Gebietes besetzt wurde, weil es allzu schwach ist, um dem stärkeren Gegner Widerstand zu leisten.

Wenn also dieser Konflikt zwischen zwei Staaten schon von allem Anfang an ausschließlich durch Gewaltanwendung geregelt wurde, so hatte seine endgültige Lösung gleichfalls ausschließlich nur die Rücksicht auf die Interessen der stärkeren Großmächte zur Grundlage. Der Widerspruch zwischen diesen Interessen war in Wirklichkeit während der ganzen Zeit die Hauptursache des Konfliktes. Griechenland wurde aus dem Anlaß eines zufälligen Ereignisses, das sich auf seinem Gebiet zutrug, in den Kampf der stärksten Großmächte, die das Schicksal aller Länder zu bestimmen bestrebt sind, hineingezogen. Die Antagonismen zwischen diesen Großmächten, die die Hauptursachen der Unbeständigkeit der internationalen Beziehungen bilden, und ständig die Gefahr neuer Kriege mit sich bringen, kommen fortwährend in mannigfaltigen Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten zum Vorschein, und durch diese Antagonismen wurde auch der ganze Verlauf des Kampfes zwischen Italien und Griechenland bestimmt.

In gleicher Weise besteht für uns kein Anlaß, auf die Prüfung des Wesens der Frage über das Schicksal Fiumes, die sowohl italienische wie auch jugoslawische nationale Interessen berührt, einzugehen, um so weniger, als die jugoslawische Regierung mit der SSSR. bisher noch in keinerlei Beziehungen trat, und auf ihrem Gebiete fortfährt, den Feinden des russischen Volkes und seiner Verbündeten Hilfe zu leisten; aber auch in

diesem Falle besteht die allgemein politische Bedeutung des Konfliktes darin, daß ein Streit zwischen Staaten durch Gewaltanwendung, d. h. im Grunde genommen durch die Kombination der Interessen der stärkeren Mächte gelöst wird. Der sogenannte Völkerbund ist gleichfalls keineswegs irgendein wirklicher Faktor der friedlichen Lösung internationaler Konflikte und des Schutzes der Interessen schwacher Völker gegenüber den starken, da er ja die Koalition einiger Großmächte darstellt, deren Beschlüsse durch die Machtinteressen der stärksten Staaten diktiert werden.

Gegen die in den internationalen Beziehungen herrschende Anwendung der groben Gewalt, wobei das sogenannte Völkerrecht nur zur Verhüllung der vollendeten Tatsachen dient, kämpft unaufhörlich die Föderation der Werktätigen, indem sie von den allgemeinen Prinzipien ausgeht, die die Grundlage der Arbeiter- und Bauernmacht bilden.

Wenn die griechische oder jugoslawische Regierung Gewaltmaßnahmen stärkerer Staaten erdulden muß, so wenden sie andererseits selbst das System der gewaltsamen Unterdrückung gegenüber den innerhalb ihrer Grenzen wohnhaften nationalen Minderheiten und gegenüber den Arbeitern und Bauern ihres eigenen Volkes an. Sie sind, im Grunde genommen, in dieser Hinsicht solidarisch mit den sie beherrschenden stärkeren Regierungen, die bereit sind, wegen der Ermordung einer militärischen Mission auf griechischem Herrschaftsgebiet den Krieg zu erklären, während eine ganze Reihe der schreiendsten Verbrechen, wie die Ermordung der Mission des russischen Roten Kreuzes in Polen, die Ermodung der Bakuer Kommissare innerhalb des englischen Okkupationsgebietes in Transkaukasien, die Ermordung des bevollmächtigten Delegierten, Genossen Worowski, infolge der Fahrlässigkeit der schweizerischen Behörden in Lausanne, die Ermordung des Genossen Schelepugin, des Vertreters des Roten Kreuzes in Bulgarien, bei ihnen nicht einmal das geringste Zeichen des Bedauerns auslöste.

Entsprechend den Grundlagen der durch sie vertretenen Ordnung steht die Sowjetregierung immer an der Seite der unterdrückten Völker und der schwächeren Staaten, denen stärkere Staaten ihren Willen aufzwingen. An der friedlichen Beilegung der internationalen Konflikte und an der Schaffung eines dauerhaften allgemeinen Friedens ist die Föderation der Werktätigen in der lebhaftesten Weise interessiert und ist ständig bestrebt, die kleinen Völker gegen die Unterdrückung durch stärkere Staaten zu schützen.

Aus Sowjetrußland

Brief aus Sowjetrußland.

Die Roten Kommandeure.

Von Frida Rubiner (Moskau).

** Der 16. September war der Tag, an dem in ganz Rußland die Roten Kommandeure aus den Militärschulen entlassen wurden. „Rote Kommmandeure" nennt man das proletarische Kommandopersonal, die Tausende von Arbeitern und Bauern, die in den militärischen Schulen der Republik ihre Ausbildung erhalten haben und in das Land hinausgehen, um weitere Kaders der Roten Armee auszubilden. Von den 308 Zöglingen der militärischen Mittelschule, die in diesem Jahr in Moskau entlassen wurden, sind 144 Arbeiter, 155 Bauern, und nur 8 gehören zu den Intellektuellen, Angestellten und freien Berufen. An der Feier zu Ehren dieser Roten Kommandeure im Großen Theater zu Moskau nahmen Vertreter der Regierung, des Moskauer Sowjets, des Moskauer Parteikomitees, des Militäramtes und — wie es in Sowjetrußland nicht anders sein kann — Arbeiter aus den Betrieben teil. Die Ansprache einer einfachen Arbeiterin, im Kopftuch, mit verwitterten Zügen, hat vielleicht den Sinn und die Bedeutung dieser Feier am schönsten ausgedrückt. Sie sagte: Ihr, Brüder aus unserer Mitte, habt gelernt; jetzt seid Ihr im Kampf gefeit und werdet unsere Revolution noch besser zu verteidigen wissen. Die eleganten ausländischen Herren in der Diplomatenloge, die zu dieser Feier gekommen waren, konnten außer der Reden des Genossen Radek, des deutschen Gastes aus der Zentrale der KPD. und anderer Genossen, auch aus dem Munde einer einfachen Arbeiterin hören, wie man den neuen Kommandeuren gute Wünsche auf den Weg zur sozialen Revolution mitgibt.

Die Rote Armee, die den Klassenzielen des Proletariats dient, konnte ihrer Aufgabe nur gerecht werden, wenn Proletarier an ihrer Spitze standen. Die Schüler der normalen Militärschulen, die einen dreijährigen Kursus durchmachen, sind bei ihrem Eintritt Analphabeten oder — bestenfalls — im Besitz minimaler Kenntnisse. Jetzt verlassen sie die Schule als klassenbewußte Genossen, im Vollbesitz einer guten Allgemeinbildung und politischer Kenntnisse, als aktive Mitglieder der Kommunistischen Partei. Außer der militärischen Ausbildung erhalten sie eine Allgemeinbildung im Rahmen einer Mittelschule, fast eines Realgymnasiasten. Besonderer Wert wird natürlich auf die sozialen Fächer gelegt, wie auf politische Nationalökonomie, auf Programm und Geschichte der KPR., auf die Geschichte Rußlands und der Arbeiterbewegung in allen Ländern. Außer durch den regulären Unterricht werden die „Kursanten" durch Vorträge und Diskussionsabende über alle politischen Ereignisse auf dem Laufenden gehalten. Dadurch wird erreicht, daß der Rotarmist nicht auf Treu und Glauben die Befehle hinnimmt und aus Kadavergehorsam handelt, sondern bewußt eine eigene Stellungnahme zu den Ereignissen hat. Wie wären auch anders die großen Opfer möglich, die von der Roten Armee gefordert wurden. Wenn die Roten Kommandeure jetzt gutgekleidet und wohlgenährt die Schulbank verlassen, so darf man doch nicht vergessen, daß sie ihre Schulzeit unter den schwersten Verhältnissen, bei Hunger, in ungeheizten Kasernen, bei Mangel an Lehrbüchern, unter schwerem Dienst, verbracht haben. Aber diese jungen Leute, die selbst durch das Feuer des Bürgerkrieges gegangen waren, haben sich durchgebissen und stehen jetzt als Rote Kommandeure da!

Durch die normale Mittelschule wird das untere Kommandopersonal bis zum Kompagnieführer ausgebildet. Die höheren Stufen gehen aus der militärischen Hochschule oder der Kriegsakademie hervor.

Die Moskauer Kriegsakademie, die im August dieses Jahres 59 Zöglinge entlassen hat, bildet eine höhere Fachschule, in der höhere Fachmänner der Militärwissenschaft ausgebildet werden. Entsprechend den höheren Anforderungen befinden sich natürlich in der Kriegsakademie viele nichtproletarische Elemente aus den Kreisen der Intellektuellen. Gegenwärtig sind 40 Prozent der Studenten Intellektuelle, aber nur 3 Prozent von ihnen sind nicht Kommunisten. Aufgenommen werden nur solche Parteilose, die im Bürgerkrieg den Beweis ihrer Tapferkeit und Treue zur Arbeiter- und Bauernrepublik bewiesen haben.

Der Kursus der Kriegsakademie ist dreijährig. Die Eintretenden müssen eine normale Militärschule durchgemacht haben oder einen Vorbereitungskursus an der Akademie selbst durchgehen. In der Akademie wird höhere Militärwissenschaft, Taktik und Strategie gelehrt. Aber wiederum — der künftige Rote Kommandeur erhält nicht nur eine militärische Ausbildung, sondern auch eine höhere soziale Bildung. Die Militärakademie ist zugleich eine sozialistische Akademie.

Im ersten Jahrgang wird dreimal wöchentlich „historischer Materialismus" und Darwinismus doziert. Dazu kommen — gemeinsam mit den Hörern der sozialistischen Akademie — praktische Uebungen. Im zweiten Jahrgang wird besonders ausführlich die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, die Geschichte der KPR. und die marxistische Lehre vom Recht und Staat durchgenommen. Den Vorlesungen schließen sich praktische Uebungen in der Nationalökonomie an. Im dritten Jahrgang wird außer der Nationalökonomie und Geschichte der Arbeiterbewegung die Frage des Imperialismus und der Außenpolitik besonders eingehend behandelt. An besonderer Stelle steht die **Wirtschaftsgeographie**, die sich der Taktik anschließt. Alle diese Vorlesungen und Kurse werden von prominenten Fachmännern geleitet. Eine fremde Sprache ist obligatorisch: 25 Prozent der Zöglinge lernen deutsch, 25 Prozent französisch, 30 Prozent englisch und der Rest irgendeine Sprache der Kleinen Entente.

Die politische Ausbildung der Zöglinge bleibt nicht allein auf den Lehrsaal beschränkt. Die Partei ergänzt die Akademie. Einmal wöchentlich findet die obligatorische Versammlung der Parteizelle statt, und zwar wird die Sache so gehandhabt, daß in der einen Woche allgemein politische und militärische Fragen — z. B.: „Wozu braucht man Armeen?", „Die Lehren des Bürgerkrieges" usw. — zur Diskussion gestellt werden, und in der anderen Woche von Genossen wie Trotzki, Radek, Losowski usw. streng theoretische Referate gehalten werden. Die Diskussionen über diese Vorträge werden dann in den nächsten Versammlungen von den Mitgliedern der Parteizelle fortgesetzt.

Die Rote Armee ist kein Gebilde, das von den Massen losgelöst ist. Ihre Parole heißt: Zusammenschluß oder, wie man in Rußland sagt: „Smütschka" mit den Werktätigen!

Diese „Smütschka" der Kriegsakademie mit dem Proletariat vollzieht sich in der Weise, daß die Kriegsakademie mit einer Moskauer Fabrik, der Seiden-Textilfabrik „Rote Rosa" (früher Giraud) verbunden ist. In gemeinsamen Klubabenden und kulturellen Veranstaltungen übermitteln die Studenten der Kriegsakademie den Arbeitern und Arbeiterinnen das Wissen, daß sie erworben haben. 50 Hörer der Akademie stehen den Rayon-

komitees der Partei für Vorträge und Parteiarbeit zur Verfügung. Die Rolle der Roten Armee als Trägerin von Wissen und Kultur wird besonders in den Sommermonaten deutlich, wenn die Kursanten und die Hörer der Kriegsakademie auf dem Lande, im Lager, der Bauernbevölkerung Wissen und Aufklärung bringen.

Die Rote Armee ist in ihrem Wirken, wie in ihrem Lernen, eine Armee der Aufklärung. Dadurch unterscheidet sie sich von allen Armeen der kapitalistischen Welt, darin liegt ihre Stärke.

Wirtschaft

Der Sinn der britischen Reichskonferenz.

Von Arthur Rosenberg (Berlin).

** Mit der Regiekunst, die der britischen Bourgeoisie eigen ist, hat man in London am 1. Oktober im historischen Haus, Downing-Street Nr. 10, die britische Reichskonferenz eröffnet. Die britischen Kapitalisten möchten nur zu gern aus der Krise Europas hinausflüchten in die unbegrenzten Weiten des britischen Weltreiches. Der Gedanke, daß England für seine Verluste und Rückschläge in Europa in den vier anderen Weltteilen Ersatz finden könne und müße, war schon der Leitstern der konservativen Propaganda bei den letzten Parlamentswahlen, die die Regierung Bonar Law ans Ruder brachten. Das Versprechen Bonar Laws wurde durch Baldwin eingelöst: die Vertreter von Kanada und Australien, Neuseeland und Südafrika, Neufundland, Indien und jetzt auch Irland, sitzen in London zusammen, um sich zu überlegen, wie die Bourgeoisie des britischen Reiches mit vereinter Kraft aus der Weltkrise herauskommen kann.

Aus diesem Grunde ist die Reichskonferenz auch für das internationale Proletariat von erheblicher Bedeutung. Wenn eine Sanierung des Weltkapitals möglich wäre, so müßte sie von England ausgehen. Eine wirkliche, dauernde wirtschaftliche Erholung Großbritanniens würde die Perspektiven der Weltentwicklung gründlich verändern. Denn daß die politischen Debatten der Londoner Reichskonferenz durchaus von den wirtschaftlichen Voraussetzungen beherrscht werden, ist klar.

Man kann nicht behaupten, daß die bisherigen Beratungen in der Reichskonferenz von übertriebenem Optimismus erfüllt waren. Baldwin sagte in der Eröffnungssitzung: „Wenn wir uns Europa ansehen, wie es heute ist, und dieses Bild mit den Hoffnungen vergleichen, die wir uns vor vier Jahren machten, so finden wir wenig, was uns in unseren Arbeiten ermutigen kann.“ Er fügte hinzu, daß heute die Armeen und die Ausgaben für Kriegszwecke größer sind als 1914. In derselben Sitzung hat General Smuts, der Vertreter Südafrikas, den Finger auf eine der schwersten Wunden am englischen Wirtschaftskörper gelegt, nämlich auf die riesenhafte Bürde, die England durch Tilgung seiner Schulden an Amerika auf sich genommen hat. Smuts sagte dazu: „Wenn die Welt sich nicht wirklich erholt, wenn man nicht imstande ist, Handel und Verkehr in der Welt wieder in Gang zu bringen, so wird sich herausstellen, daß England eine untragbare Last auf sich genommen hat.“ Das Abkommen über die Tilgung der englischen Schuld an Amerika war als das beste Mittel angesehen worden, um einen Block der beiden angelsächsischen Weltmächte zu bilden. Heute stellt sich immer mehr heraus, daß England gerade durch die Riesenlast seiner Schuld an Amerika mit Naturnotwendigkeit in einen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten getrieben wird. Die britische Bourgeoisie wird, um leben zu können, die Tributverpflichtung gegenüber Amerika irgendwie abschütteln müssen. Was wird dann kommen? Die „Times“ bemerkt, daß sich die Reichskonferenz ausführlich mit der Frage der Flottenbasis in Singapore beschäftigen würde. Die Ministerpräsidenten von Australien und Neuseeland hätten bereits ihre restlose Zustimmung zu dem Bau dieses Marinestützpunktes ausgedrückt. Der Beschluß der englischen Regierung, Singapore zu einer Flottenbasis ersten Ranges auszubauen, bedeutet praktisch, daß die Washingtoner Abrüstungskonferenz null und nichtig ist, und daß die englische Bourgeoisie sich auf kommende bewaffnete Auseinandersetzungen in Ostasien, am Stillen Ozean, im Machtbereich Japans und Amerikas einrichtet.

Nüchterne Kritiker versprechen sich von dieser Reichskonferenz nichts. So schreibt der „Daily Herald“ am 2. Oktober durchaus zutreffend: „Es ist eine Illusion, anzunehmen, daß wir mit Hilfe dieser Reichskonferenz irgendwie unserer hoffnungslosen Arbeitslosigkeit entrinnen können, die durch den Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise entstanden ist. Es wäre ohne Zweifel eine gewisse Hilfe für uns, wenn wir den Dominions mehr als bisher von den Erzeugnissen unserer Fabriken verkaufen könnten. Aber es ist sinnlos, zu glauben, daß kaum 20 Millionen Menschen, in deren Länder die eigene Industrie sich entwickelt — auch wenn sie keinen unserer Konkurrenten zulassen — an Stelle der 100 Millionen Menschen Mitteleuropas treten können, mit denen wir vor dem Kriege einen so wichtigen Handel trieben.“

Diese Bemerkung ist äußerst zutreffend. Der Schlüssel zur gegenwärtigen Wirtschaftssituation liegt in Europa. Die Verarmung des größten Teils von Europa hat die englische Krise zur Folge, und die Dominions werden niemals in der Lage sein, eine überschüssige Kaufkraft aufzubringen, die den englischen Fabrikanten für den Verlust der europäischen Märkte entschädigen. Der „Economist“, das führende englische Wirtschaftsorgan, begrüßte mit einem ebenfalls sehr nachdenklichen und äußerst skeptischen Artikel am 29. September die Reichskonferenz. Das Blatt hebt hervor, daß das britische Reich keine sich selbst genügende wirtschaftliche Einheit sein kann: „Viele seiner Rohstoffe und ebenso seiner Industrieprodukte müssen unbedingt einen fremden Markt suchen, während es andere Ware notwendigerweise vom Ausland zu beziehen hat. Wenn man z. B. im Interesse der kanadischen und südamerikanischen Produktion die Einfuhr von Mais und Fleisch aus Argentinien nach England künstlichen Beschränkungen unterwirft, was würde dann aus der englischen Ausfuhr nach Südamerika werden? Oder wenn es durch andere Handelsbeschränkungen möglich wäre, das skandinavische und französische Holz vom englischen Markt fernzuhalten und es durch Holz aus Kanada oder Neufundland zu ersetzen, so würde es um so schwieriger werden, die englische Ausfuhr nach Skandinavien und Frankreich zu finanzieren. Dies würde auch die Lage unserer Schiffahrt ernstlich beeinflussen, denn dreiviertel der Schiffsladungen, die aus England herausgehen, bestehen aus Kohle, und die englische Kohlenausfuhr in die Dominions und Kolonien ist ganz unbedeutend.“

Es ist tatsächlich eine Kinderei, wenn man sich einredet, die Krankheiten des britischen Reiches mit Vorzugszöllen oder mit der Schaffung einer einheitlichen Zollmauer um das ganze britische Reich heilen zu können. Diese Rezepte des alten Chamberlain sind heute wertlos, wo es sich nur darum handelt, die Kaufkraft der Welt wieder zu heben. Wenn das britische Reich vom Ausland weniger kauft, so schwächt es damit seinerseits die Kaufkraft dieser Gebiete und vergrößert indirekt die eigenen Schwierigkeiten. Das ist die Schraube ohne Ende, deren Umdrehungen kein Reichszolltarif zu hindern vermag.

Die völlige Nichtigkeit aller Bestrebungen, aus dem britischen Reich künstlich eine Wirtschaftseinheit zu machen, ergibt sich schon aus dem Verhältnis Kanadas zu den Vereinigten Staaten. Der kanadische Ministerpräsident Mackenzie King erklärte einem Vertreter der „Times“, daß das in Kanada angelegte amerikanische Kapital im Jahre 1914 750 Millionen Dollar betrug. Heute sind es 2½ Milliarden Dollar! Die englische Kapitalsanlage in Kanada ist aber heute ebenso groß wie 1914, nämlich etwa 2 700 000 000 Dollar. Herr King ist der Meinung, daß das englische Kapital sich mehr als zuvor für Kanada interessieren solle, und weist auf die günstige wirtschaftliche Situation hin, die gegenwärtig in Kanada vorhanden ist. Aber seine Bemerkungen machen es ganz klar, daß Kanada, wenn die jetzige Entwicklung noch eine gewisse Zeit anhält, eine Kolonie des New-Yorker Großkapitals sein wird. Und damit sind alle Bestrebungen illusorisch, das britische Reich wirtschaftlich und auch politisch einheitlich zusammenzuhalten.

Ministerpräsident Baldwin und ebenso Lord Curzon halten es für notwendig, den Vertretern der Dominions über die englische Außenpolitik eingehend Bericht zu erstatten. Die Staatsmänner aus Kanada, Südafrika und Australien werden sich aber mit dem bloßen Zuhören nicht begnügen, sondern sie werden Sicherungen verlangen, damit die Dominions nicht eines Tages in irgendwelche außenpolitische Krisen Englands mit verwickelt werden. Als Lloyd George seinerzeit in der Dardanellenfrage bis hart an die Grenze eines Krieges ging, erregte dies überall in den Dominions peinliche Bestürzung. In den Geheimsitzungen der Konferenz durfte über diese Dinge sehr deutlich gesprochen werden. Es ist zwar selbstverständlich, daß sich Australien und Neuseeland die Hilfe der englischen Flotte gegen einen etwaigen japanischen Angriff gern gefallen ließen, aber im ganzen sind die großen überseeischen Dominions in den letzten Jahren wirtschaftlich und politisch immer selbständiger geworden. Im Weltkrieg, unter wesentlich anderen Verhältnissen als jetzt, hat das britische Reich sich als Einheit erwiesen. Was würde aber aus der Reichseinheit z. B. bei einem künftigen englisch-amerikanischen Konflikt werden?

Wer sich diese ökonomischen und politischen Tatsachen vor Augen hält, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß die Politiker der fünf Weltteile, die in London zusammensitzen, außer schönen Festreden nichts Ernstliches schaffen werden. Der Kapitalismus wird in seiner Not den Stein der Weisen ebensowenig auf der Londoner Reichskonferenz finden, wie seinerzeit auf den internationalen Konferenzen in Genua und im Haag!

wandte. Das Komitee stellt mit Befriedigung fest, daß die „Humanité“ in Frankreich bereits eine Kampagne zugunsten der Angeklagten entfaltet. Es bestehe die ernste Gefahr, daß die Genossen Matu und Nicolau zum Tode verurteilt werden sollen, damit die spanische Bourgeoisie ihren Rachedurst befriedigen könne. Unter der gegenwärtigen Militärdiktatur ist es in Spanien unmöglich, eine Versammlung zugunsten der Angeklagten abzuhalten oder einen Zeitungsartikel in ihrem Interesse zu veröffentlichen. Deshalb muß die Stimme des internationalen Proletariats sich ebenso für Nicolau und Matu erheben, wie seinerzeit für Sacco und Vanzetti. Alles muß aufgeboten werden, um den Justizmord zu verhüten, den die spanischen militärischen Diktatoren planen.

Die Roten Gewerkschaften von Paris haben im Anschluß an diesen Notschrei aus Spanien einen Appell an die Pariser Arbeiterschaft erlassen, der gegen den drohenden Justizmord Stellung nimmt. Es heißt darin u. a.: „Das Proletariat wird die spanische Regierung und ihre Vertreter verantwortlich machen und alle notwendigen Maßregeln ergreifen, falls die beabsichtigten Hinrichtungen tatsächlich erfolgen.“

Die Arbeiterschaft aller Länder muß sofort zu den geplanten Verbrechen der blutigen spanischen Regierung Stellung nehmen und durch eine wuchtige Protestbewegung die bedrohten Genossen den Henkern entreißen.

Der Terror der spanischen Militärdiktatur gegen die Arbeiter.

Von R. A. (Berlin).

** Der Prozeß gegen die **Mörder Datos**, des blutigen Dato, der in Katalonien den Terror gegen die Arbeiterschaft begann, hat am 1. Oktober seinen Anfang genommen. Seit zwei Jahren wartete eine Anzahl anarchistischer Angeklagter im Madrider Gefängnis auf den Prozeß. Auch die einseitigste Untersuchung konnte einen ernstlichen Beweis gegen die Angeschuldigten nicht liefern. Man weiß schon seit langer Zeit, daß Roman Casanellas, der tatsächlich die Rache an Dato vollzog, sich in Moskau aufhält. Er ist gegenwärtig ein Flieger der Roten Armee. Die drei Hauptangeklagten waren ursprünglich Mateu, Nicolau Fort und dessen Frau Concepcion. Am Tage seiner Verhaftung hat man aus Mateu irgendwie ein phantastisches Geständnis erpreßt. Fort und Concepcion sind durch den deutschen sozialdemokratischen Justizminister Radbruch mit Hilfe der französischen Polizei an Spanien ausgeliefert worden. Gegen Concepcion lag aber so wenig Material vor, daß sie freigelassen werden mußte. Auch gegen Fort ist die Anschuldigung nicht aufrecht zu erhalten. Das hat selbst die bürgerliche Presse in Madrid zugegeben. Aber die Militärdiktatur hat in ganz Spanien eine ultrasummarische Justiz geschaffen; die revolutionären Arbeiter werden von Kriegsgerichten abgeurteilt. Das heißt: 4 Tage Voruntersuchung, 2 Stunden Prozeß, und wenn die Todesstrafe ausgesprochen ist, nach 4 Stunden ihre Vollstreckung.

Hat General Primo de Rivera die Absicht, die Unschuldigen in demselben Stil aburteilen zu lassen, die man wegen Ermordung Datos angeklagt hat? Von der spanischen Militärkaste kann man in dieser Beziehung alles erwarten. In Barcelona hat der kommandierende General eine Verordnung erlassen, wonach jedermann vor das Kriegsgericht kommt, der einen Streik anstiftet, und der die Armee oder die Nation beleidigt, und zwar durch Wort, Schrift oder Karikatur. Jede Gewalttat gegen einen Soldaten wird vom Kriegsgericht abgeurteilt. Die Somaten werden dabei als Soldaten betrachtet. Die syndikalistische Tageszeitung in Barcelona, „Solidaridad Obrera“, steht, trotz der äußersten Vorsicht der Redaktion und ihrer politischen Farblosigkeit, unter schärfster Zensur. Die liberalen Zeitungen werden kaum besser behandelt. Selbst französische bürgerliche Blätter, wie das „Journal des Débats“ werden an der spanischen Grenze beschlagnahmt. Die Verhaftungen von Arbeitern mehren sich. So wurden am 24. September drei Kommunisten in Bilbao verhaftet. An demselben Tag verhaftete man in Tarrasa fünf Syndikalisten. Am folgenden Tag erfolgten in Tarrasa noch weitere fünf Verhaftungen. Weitere Verhaftungen wurden in Valencia, Barcelona und anderen Orten vollzogen.

Für den Geist der neuen Regierung ist ein Aufruf charakteristisch, den Primo de Rivera an die spanische Arbeiterschaft erließ, wo er betont, daß die Arbeiter unbedingt mehr produzieren müßten, um so das „Heil des Vaterlandes“ zu sichern. Der Achtstundentag soll also von der Militärdiktatur beseitigt werden.

Anläßlich des Prozesses gegen die angeblichen Mörder Datos haben die kommunistischen Stadträte von Paris an die Madrider Stadtverwaltung ein Telegramm gerichtet. Sie heben darin hervor, daß die Pariser Arbeiter angesichts der Tatsache, daß die acht unschuldigen Angeklagten von Todesurteilen bedroht sind, den Dato-Prozeß mit großer Spannung verfolgen.

Aufrufe

Das EK. der KI. an die Arbeiter Japans und die Arbeiter aller Länder!

** Die fürchterliche Katastrophe, die Japan traf, erschütterte das Herz aller Menschen, die mit fremdem Unglück fühlen können. In einigen Stunden sind Hunderttausende gestorben, und Millionen haben grausame Leiden erfahren. Vernichtet wurden jene materiellen Quellen, die von Millionen Werktätiger während vieler Jahre durch zähe Arbeit geschaffen waren. Das Erdbeben hat Japan keinen geringeren Schaden zugefügt, als der Weltkrieg anderen Ländern Europas.

Die Toten waren noch nicht begraben, als die imperialistische Regierung Japans bereits der ganzen Welt zeigte, daß der Klassenkampf in der kapitalistischen Gesellschaft unter keinen Umständen aussetzen kann. Zunächst wurden Hunderte von Koreanern verhaftet und ermordet. Zehntausende von Koreanern wurden in Konzentrationslager gesperrt. Die Bevölkerung von Korea wurde in Wirklichkeit für vogelfrei erklärt. Als „Koreaner“ begann man auch japanische Arbeiter zu erschießen und einzukerkern, die es gewagt haben, ihrer Unzufriedenheit über die vorhandene Ordnung der Dinge Ausdruck zu geben.

Der Telegraph brachte die Nachricht, daß der hervorragende sozialistische Führer Japans, Genosse Sakaj, wegen sogenannten „Fluchtversuches“ ermordet wurde. Seine Familie ist bestialisch abgeschlachtet worden. Wer sich an die Umstände der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts erinnert, wer die Rache der Bourgeoisie an den bayrischen, ungarischen und polnischen Kommunisten nicht vergessen hat, der wird keine Minute daran zweifeln, daß der berüchtigte „Fluchtversuch“ auch diesmal nichts anderes ist, als ein fauler Vorwand für einen einfachen Mord.

Die fürchterliche Katastrophe, durch die Millionen und Millionen „treuer Untertanen“ des japanischen Kaisers betroffen sind, hindert die kaiserliche Regierung Japans nicht daran, den Augenblick dazu auszunutzen, um sich von einem Gegner zu befreien, der jetzt, da die Arbeitenden ins Elend gestürzt sind, sehr gefährlich sein kann.

Hunderttausende von Arbeitern sind obdachlos und ohne einen Bissen Brot geblieben. Aber die kaiserliche Regierung Japans, um zu zeigen, daß sie eine „feste Macht“ geblieben ist, schickt Schiffe mit Nahrungsmitteln, die den japanischen Arbeitern gesandt wurden, zurück. Und all dies geschieht unter dem ganz zynischen Vorwand, daß sich angeblich auf den Lebensmittelschiffen kommunistische Literatur befindet.

Die Kommunistische Internationale wendet sich an die Arbeiter Japans und an die Arbeiter aller Länder. Kann man sich ein entsetzlicheres Beispiel der imperialistischen Frechheit und des Hasses gegen die Arbeiterklasse vorstellen, als das, was wir gegenwärtig in Japan sehen? Wie lange werden die arbeitenden Massen Japans das Joch der imperialistischen Regierung noch dulden? Erschießt denn die japanische Regierung jetzt nicht Tausende und aber Tausende von Arbeitern und Bauern? Die japanischen Arbeiter haben wahrlich nichts anderes zu verlieren als ihre Ketten!

Die Kommunistische Internationale fordert die japanischen Arbeiter ohne Unterschied der Richtung auf, ein einheitliches Aktionskomitee zu bilden, die Einheitsfront gegen die imperialistische Regierung herzustellen. Die imperialistische Regierung Japans soll von nun an keine ruhige Stunde haben! Die gerechte Empörung der arbeitenden Massen Japans soll in einem organisierten Kampf gegen die herrschende Bande ihren Ausdruck finden. Die arbeitenden Massen Japans und der ganzen Welt müssen es erfahren, daß die japanische Bourgeoisie auf ihren Knochen, auf den Knochen der am Leben Gebliebenen ihre Macht wieder aufzurichten versucht! Mögen die Arbeiter der ganzen Welt ihrer Empörung über das unerhörte Verhalten der jetzigen japanischen Regierung Ausdruck geben! Die japanische Arbeiterbewegung darf infolge der Katastrophe nicht nur nicht nachlassen, sie muß sich auf die höchste Stufe emporschwingen!

Die japanischen Arbeiter müssen eine mächtige Kommunistische Partei und starke Gewerkschaften schaffen, die die ganze Arbeiterklasse und die werktätige Bauernschaft in geschlossenen Reihen zum Sturz der bürgerlichen Regierung und zur Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung in den Kampf zu führen haben werden.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48